

A stylized map of Azerbaijan composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or regions.

# Aserbaidtschan nach den Wahlen

## Keine Anzeichen für Demokratisierung

**MATTHIAS JOBELIUS**

Dezember 2010

- Am 7. November wurde in der autoritär regierten Republik Aserbaidtschan ein neues Parlament gewählt. Die Regierungspartei YAP siegte, wie bei allen anderen Parlamentswahlen seit 1995 auch, mit einer klaren Mehrheit. Der größte Oppositionsblock aus den Parteien Volksfront (AXCP) und Musavat konnte kein einziges Mandat erringen.
- Einen ergebnisoffenen politischen Wettbewerb gab es während der Wahlen nicht. Der Sieg der Regierungspartei stand außer Frage. Die Versammlungsrechte der Opposition waren eingeschränkt. Die staatlich kontrollierten Medien berichteten nur wenig über den Wahlkampf.
- Ein Vergleich zwischen den Parlamentswahlen 2005 und 2010 offenbart die Konsolidierung der politischen Macht des Präsidenten und den schleichenden Niedergang der Opposition. Die beiden wichtigsten Oppositionsparteien, Musavat und Volksfront, haben nur noch wenig Ausstrahlungskraft. Neuere Oppositionskräfte, wie das 2009 gegründete Netzwerk REAL (»Respublikaci Alternativ«), konnten sich nicht etablieren.
- Der mit Abstand wichtigste Trumpf der aserbaidtschanischen Regierung sind die großen Öl- und Gasreserven des Landes. Aserbaidtschans gewachsene geopolitische Bedeutung ist der Grund dafür, dass Europa und die USA nicht entschlossener demokratische Reformen einfordern. Der Westen muss erleben, dass seine einseitige Ausrichtung auf Energiethemen und die Abhängigkeit von der Kooperationsbereitschaft der aserbaidtschanischen Regierung mit einem Einflussverlust in anderen Politikfeldern einhergeht.



## 1. Absehbarer Sieg der Regierungspartei

Am 7. November 2010 wurde in der autoritär regierten Republik Aserbaidschan ein neues Parlament gewählt. Die regierende Yeni Azərbaycan Partiyası (Neue Aserbaidschan Partei/ YAP) siegte, wie bei allen anderen Parlamentswahlen seit 1995 auch, mit einer klaren Mehrheit. Sie stellt künftig 74 der 125 Abgeordneten in der Milli Majlis, dem aserbaidsschanischen Parlament. Damit konnte sie ihren Stimmenanteil gegenüber der vergangenen Legislaturperiode noch ausbauen. Die übrigen 51 Sitze gingen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an regierungstreue Kandidaten und Parteien. Der größte Oppositionsblock aus den Parteien Volksfront (AXCP) und Musavat konnte kein einziges Mandat erringen. Musavat verlor die letzten fünf Sitze im Parlament und bleibt künftig von der parlamentarischen Arbeit ausgeschlossen.

Auch für die aserbaidsschanische Zivilgesellschaft waren die Wahlen von 2010 eine Enttäuschung. Namhafte Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), unabhängige Wissenschaftler und Ökonomen hatten sich als Kandidaten nominieren lassen. Doch von ihnen schaffte nur einer, der Politologe Rasim Musabekov, den Sprung ins Parlament.

Von den 1 400 interessierten Bewerbern für einen Parlamentssitz gelang es 690 Personen, sich bei der Zentralen Wahlkommission als Kandidaten zu registrieren. Sie kämpften um 125 zu vergebende Mandate. Einen ergebnisoffenen politischen Wettbewerb gab es dennoch nicht. Der Sieg der Regierungspartei stand außer Frage. Die Versammlungsrechte der Opposition waren eingeschränkt. Die staatlich kontrollierten Medien berichteten nur wenig über den Wahlkampf. Die registrierten Kandidaten hatten je vier Minuten Fernsehzeit zur Verfügung. Auch die Tradition, Parlamentssitze nach Clanzugehörigkeit, wirtschaftlichem Einfluss oder Loyalität zur Herrscherfamilie zu vergeben, wurde fortgesetzt. So liest sich die Liste der gewählten Parlamentarier an vielen Stellen wie ein Familienstammbaum einflussreicher Wirtschaftsmagnaten und Kabinettsmitglieder.

Die Wahlbeteiligung lag nach Angaben der Wahlkommission bei 50,14 Prozent. Tatsächlich dürfte sie niedriger gelegen haben. Ausufernde Korruption und die Selbstbereicherung der herrschenden Elite haben die

politische Apathie in der Bevölkerung über die Jahre wachsen lassen.

Der Leiter der Zentralen Wahlkommission, Natiq Mammadov, erklärte gegenüber Radio Free Europe: »The conditions created for the voters to express themselves inside and outside the constituencies have yielded results. We managed to hold free, fair, and democratic elections.« Mit diesem Urteil stehen Regierung und Staatsapparat allerdings weitgehend allein da. Bereits am Wahltag erhob die Opposition den Vorwurf der Wahlfälschung. Beobachter von unabhängigen aserbaidsschanischen NGOs berichteten von zahlreichen Verstößen gegen das Wahlgesetz und Einschüchterungen von Wahlbeobachtern. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erklärte: »Parliamentary elections in Azerbaijan were characterized by a peaceful atmosphere and all opposition parties participated in the political process, but the conduct of these elections overall was not sufficient to constitute meaningful progress in the democratic development of the country.« Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt das amerikanische Außenministerium in seiner Erklärung zu den Wahlen: »We share concerns (...) that the pre-election environment was characterized by a lack of balanced media coverage of candidates, continued restrictions on fundamental freedoms of assembly and expression, and a deficient candidate registration process that, taken together, resulted in an uneven playing field for candidates.«

Die Reaktionen der einzelnen Akteure auf das Wahlergebnis folgen dem Muster vergangener Wahlen in Aserbaidschan: Die Regierung preist ihre hohen demokratischen Standards, die Opposition spricht von Wahlfälschung und westliche Wahlbeobachter bescheinigen einen friedlichen, aber unfairen und unzureichenden Wahlverlauf. Auf den ersten Blick scheinen die Wahlen von 2010 also wenig Neues für Aserbaidschan hervorgebracht zu haben.

Ein Vergleich mit den Parlamentswahlen von 2005 ist dennoch lohnenswert. Er offenbart Veränderungen innerhalb der politischen Elite und der Oppositionslandschaft ebenso wie ein Wandel im Verhältnis Aserbaidschans zu Europa und den USA.

## 2. Konsolidierte Herrschaft und Niedergang der Opposition

Die Parlamentswahlen im Jahr 2005 waren keineswegs frei und fair. Doch waren die politischen Auseinandersetzungen vor fünf Jahren deutlich dynamischer als 2010. Die Eindrücke der zum damaligen Zeitpunkt gerade zurückliegenden Rosenrevolution in Georgien, der Orangenen Revolution in der Ukraine und der Tulpenrevolution in Kirgistan beflügelte 2005 auch die Opposition in Aserbaidschan. Der amtierende Präsident İlham Aliyev hatte das Amt erst 2003 von seinem Vater übernommen. Seine Machtbasis war noch nicht gefestigt. Die Verhaftung prominenter Kabinettsmitglieder wie dem Wirtschaftsminister Farhad Aliyev oder dem Gesundheitsminister Ali İnanov machten Schlagzeilen und offenbarten Rivalitäten und Spannungen in der Führungselite.

Das Klima bei den Parlamentswahlen 2010 war ein anderes. Die Macht des Präsidenten ist konsolidiert. Sein Machtanspruch wird von niemandem in der Führungselite infrage gestellt. Von internen Streitigkeiten war nichts zu merken. Die Opposition war zu keinem Zeitpunkt in der Lage, eine eigene Wahlkampfstrategie zu entfalten.

Die Unterschiede zwischen den Wahlen von 2005 und 2010 spiegeln zwei zentrale innenpolitische Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre: die Konsolidierung der politischen Macht des Präsidenten sowie den schleichenden Niedergang der Opposition. In den vergangenen Jahren gelang es dem Präsidenten, seine Macht auszubauen und sich vor politischer Konkurrenz zu schützen. Kritiker innerhalb der herrschenden Elite wurden auf Linie gebracht, isoliert oder verhaftet. Im Oktober 2008 ließ sich der Präsident mit 89 Prozent der Stimmen in eine zweite Amtszeit wählen. Kurze Zeit später, am 18. März 2009, wurde im Zuge einer Verfassungsänderung die bis dato auf zwei Wahlperioden beschränkte Amtszeit des Präsidenten entfristet. Hinter der Aufhebung der Amtszeitbegrenzung steht der Wunsch, die Kontinuität der herrschenden Elite zu gewährleisten und mögliche Konkurrenten des Präsidenten in die Schranken zu weisen. Durch die Verfassungsänderung wurde den Mitgliedern der politischen Elite deutlich gemacht, dass bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2013 kein anderer Kandidat als İlham Aliyev für die Regierungspartei antreten wird.

Zugleich gelang es der Regierung in den vergangenen fünf Jahren, die Opposition zunehmend zu marginalisieren und zu kontrollieren. Die beiden wichtigsten Oppositionsparteien Musavat und Volksfront, einst treibende Kräfte der Unabhängigkeitsbewegung, haben nur noch wenig Ausstrahlungskraft. Seit siebzehn Jahren arbeiten sie sich an der Aliyev-Familie ab, zuerst an Vater Heidar, nun an Sohn İlham. Inzwischen sind Musavat und Volksfront abgekämpft und durch viele interne Streitigkeiten, Spaltungen und Korruptionsvorwürfe geschwächt. Bei vielen, besonders bei jüngeren Aserbaidschanern genießen sie nur wenig Glaubwürdigkeit. Ohne finanzielle Ressourcen, ohne nennenswerte Unterstützung aus dem Ausland und ohne Zugang zu Massenmedien hat sich ihr Niedergang seit den letzten Parlamentswahlen beschleunigt. 2005 konnte die Opposition noch einige tausend Anhänger zu Protesten gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit mobilisieren. In diesem Jahr folgten dem Aufruf gerade mal 100 Personen, nachdem die Behörden zwei geplante Demonstrationen im Vorfeld der Wahlen verboten hatten.

Geschwächt sind beide Parteien auch durch die permanenten Attacken regierungstreuer Medien und die Angriffe kleinerer Parteien, die sich einer selbsternannten »konstruktiven« Opposition zuordnen und von der Regierung abhängig, gefördert und/oder kontrolliert sind.

Angesichts der Schwäche der etablierten Opposition gab es in den vergangenen zwei Jahren mehrfach den Ruf nach einer neuen Kraft im Oppositionsspektrum, die Schwung in die verkrustete Parteienlandschaft bringen könnte. Hoffnung ruhte dabei auf dem Netzwerk REAL (»Respublikaci Alternativ«), das sich aus überwiegend jungen Journalisten, Aktivisten und Wissenschaftlern zusammensetzt. Das Bündnis war im Frühjahr 2009 als Reaktion auf die erwähnte Verfassungsänderung entstanden, durch die dem 49 Jahre alten amtierenden Staatsoberhaupt prinzipiell eine Präsidentschaft auf Lebenszeit ermöglicht wird. REAL hat sich zum Ziel gesetzt, dem, wie sie sagen, monarchischen Charakter des politischen Systems eine »Republikanische Alternative« gegenüberzustellen. Die Mitglieder von REAL sind weder mit der alten Opposition noch mit der Regierung assoziiert, was ihnen einen Vorschuss an Glaubwürdigkeit gibt. Zudem haben sie enge Kontakte zum politisierten Teil der Studentenschaft, insbesondere in der Hauptstadt Baku. Zu den Parlamentswahlen 2010 traten sie als Wahlbündnis an und setzten vor und während des

Wahlkampfes vor allem auf die neuen Medien als politisches Kommunikationsmittel. Am Ende gelang es nur zwei REAL-Kandidaten, dem Leiter der Baku School for Political Studies, Ilgar Mammadov, und dem Rechtsanwalt Erkin Gedirli, sich für die Wahl registrieren zu lassen. Beide scheiterten, und mit ihnen der Versuch, eine neue Kraft im politischen Spektrum des Landes zu etablieren.

### 3. Wachsende geopolitische Bedeutung und Einflussverlust des Westens

Neben den genannten innenpolitischen Faktoren sind auch außenpolitische Entwicklungen für den wachsenden Autoritarismus im Land verantwortlich. Aserbaidschan ist seit den letzten Parlamentswahlen 2005 geopolitisch aufgewertet worden. Dies hat nicht nur das Selbstbewusstsein der Regierung gestärkt, sondern auch den Umgang Europas und der USA mit der Kaukasusrepublik verändert.

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der USA und Europas mit Aserbaidschan hat sich in den vergangenen Jahren intensiviert. Im Afghanistan-Krieg spielt Aserbaidschan eine wichtige Rolle für die Versorgung der NATO-Truppen. Für die Implementierung möglicher Sanktionen gegen den Iran ist man auf die Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Aserbaidschan angewiesen. Aserbaidschan gehört zu den frühen Unterstützern der US-geführten Invasion des Iraks, nimmt seit 1994 am Partnership for Peace-Programm der NATO teil und wehrt sich seit Jahren gegen den Wunsch Moskaus, russische Truppen im Land zu stationieren.

Der mit Abstand wichtigste geopolitische Trumpf der aserbaidischen Regierung ist der Rohstoffreichtum des Landes. Die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft ermöglichen es der Regierung, die wirtschaftliche, militärische und soziale Modernisierung voranzubringen und zugleich Patronage und Günstlingswirtschaft aufrechtzuhalten. Auch wenn ein beachtlicher Teil des Geldes der Allgemeinheit durch Korruption entzogen wird, haben sich die Lebensbedingungen in den urbanen Zentren verbessert, was der Regierung als Legitimation dient.

Der Ressourcenreichtum des Landes ist inzwischen auch Dreh- und Angelpunkt der Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Aserbaidschan. Die Nach-

frage nach Gas wird in der EU in den kommenden Jahrzehnten steigen. In ihrer Energieaußenpolitik legt die EU daher besonderes Gewicht auf den Ausbau eines südlichen Energiekorridors, der Europa mit Energie aus dem Kaspischen Raum und dem Mittleren Osten versorgen und so zur Diversifizierung der Energieimporte beitragen soll. Wichtigstes Projekt für den Ausbau des südlichen Korridors ist derzeit die so genannte Nabucco-Gasleitung. Sie soll Mitteleuropa ab 2015 unter Umgehung Russlands mit Gas aus dem Kaspischen Meer versorgen. Mit einer Lieferkapazität von 31 Milliarden Kubikmeter pro Jahr soll sie ab 2020 über fünf Prozent des europäischen Gasbedarfs decken. Seit 2007 treibt die EU-Kommission das Projekt voran. Auf einem Gipfel in Ankara im Juli 2009 unterzeichneten die Türkei, Rumänien, Österreich, Bulgarien und Ungarn als die fünf beteiligten Transitstaaten einen Vertrag zum Bau der Pipeline. Der Baubeginn von Nabucco ist für das Frühjahr 2012 geplant. Bis dahin muss es dem Betreiberkonsortium, dem auch der deutsche Energiekonzern RWE angehört, gelingen, Verträge mit den möglichen Lieferstaaten abzuschließen. Aserbaidschan kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, denn ohne aserbaidisches Gas wird sich Nabucco nicht rentieren. Allerdings hat weder Aserbaidschan noch einer der anderen in Frage kommenden Lieferstaaten (Turkmenistan, Iran und Irak) bislang einen Liefervertrag mit dem Nabucco-Konsortium unterzeichnet. Umgekehrt treibt Russland die Konkurrenzprojekte zu Nabucco erfolgreich voran und hat mit Aserbaidschan eine Reihe von Energielieferabkommen geschlossen, wodurch die Menge des für Nabucco zur Verfügung stehenden aserbaidischen Gases reduziert wird.

Aserbaidschans gewachsene geopolitische Bedeutung ist der Grund dafür, dass demokratische Reformen von Europa und den USA nicht mit der gleichen Entschlossenheit eingefordert werden, wie dies bei anderen autoritären Staaten im GUS-Raum der Fall ist. Die Energiekooperation genießt für die EU Priorität vor anderen Fragen. Im Falle der USA ist es nicht anders. Für viele Beobachter überraschend, bescheinigte US-Außenministerin Hillary Clinton Aserbaidschan bei ihrem Besuch in Baku im Juli 2010 »große Fortschritte« in Menschenrechtsfragen. Der Länderbericht zu Aserbaidschan aus ihrem eigenen Ministerium behauptet indes ziemlich genau das Gegenteil.

Mit wachsendem Selbstbewusstsein spielt Aserbaidschan seine geopolitische Bedeutung aus. Umgekehrt



muss der Westen erleben, dass seine einseitige Ausrichtung auf Energiethemen und die Abhängigkeit von der Kooperationsbereitschaft der aserbaidischen Regierung mit Einflussverlust in vielen Politikfeldern einhergeht. Mit Moskau schließt Aserbaidschan demonstrativ neue Abkommen über Gaslieferungen nach Russland, wodurch die Chancen für die Realisierung der Nabucco-Pipeline abnehmen. Kritik des Westens an Demokratie-defiziten oder der Verhaftung von Oppositionellen wird ignoriert oder mit deutlichen Worten zurückgewiesen. Im Karabakh-Konflikt mit dem Nachbarland Armenien droht Aserbaidschan, allen Vermittlungsversuchen der OSZE zum Trotz, offen mit Krieg.

Europa und die USA haben auf das neue Selbstbewusstsein Aserbaidschans und ihren Einflussverlust bislang keine Antwort gefunden. Ihr Auftreten gegenüber Baku erschien in den vergangenen zwei Jahren oftmals konzeptionslos und widersprüchlich.

#### 4. Ausblick

Dem politischen Leben in Aserbaidschan haben die Parlamentswahlen 2010 keine positiven Impulse gegeben. Sie haben weder neue politische Akteure noch ein verändertes Machtgefüge hervorgebracht. Die enge Verflechtung von Politik und Oligarchie, die Patronage und Günstlingswirtschaft und der Mangel an Pluralismus, Medien- und Meinungsfreiheit wurden als Merkmale des politischen Systems in Aserbaidschan einmal mehr gefestigt. Seine konstitutionelle Rolle als staatliche Gewalt und als Kontrollinstanz für Exekutive und Jurisdiktion wird auch das neu gewählte Parlament nicht einnehmen.

Durch das schlechte Abschneiden der etablierten Opposition und das Unvermögen jüngerer Oppositionskandidaten, sich als neue politische Kraft zu etablieren, ist nicht erkennbar, von welchen Akteuren künftig Anstöße für eine Demokratisierung ausgehen könnten.

Die schon heute verbreitete politische Apathie der Bevölkerung wird eher zu- als abnehmen. Profitieren wird davon neben der Regierung auch der politische Islam, der in der säkularen Republik Aserbaidschan mehr und mehr Anhänger findet. Schon im Wahlkampf haben sich auch Repräsentanten säkularer Parteien auf Religion und Koran als Wertegrundlage berufen.

Der Umgang mit der rohstoffreichen, aber immer autoritärer regierten Kaukasusrepublik Aserbaidschan wird für Europa auch künftig schwierig und nicht frei von Widersprüchen bleiben. Wichtigstes Ziel der EU wird es auch in Zukunft sein, die Energiepartnerschaft mit Aserbaidschan auszubauen und dem Nabucco-Projekt zum Erfolg zu verhelfen. Einem Weg, sich zugleich kritisch und gestaltend in die innenpolitischen Entwicklungen des Landes einzubringen, hat die EU indes noch nicht gefunden.

Aserbaidschan wird sich dem Nabucco-Projekt nicht verschließen, aber zugleich auch die Energiepartnerschaft mit Russland, China und dem Iran vertiefen wollen. Ähnlich wie Europa ein Interesse an einer Diversifizierung seiner Importe hat, möchte Aserbaidschan sich nicht durch eine einseitige Exportpolitik in seinen außenpolitischen Spielräumen begrenzen lassen. Im Sinne einer multipolaren Außenpolitik liefert es derzeit Energie an alle wirtschaftlich und politisch wichtigen Märkte in der Region. Diese Politik wird die Regierung auch in Zukunft fortsetzen.





### Über den Autor

**Matthias Jobelius** ist Regionalkoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung für den Südkaukasus und Landesvertreter der FES in Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-7726 | Fax: ++49-30-26935-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen / Kontakt:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

**ISBN 978-3-86872-570-4**